

Entwicklungszusammenarbeit auch in Europa.



Die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Sustainable Development Goals (SDGs), die eine Welt frei von Armut, Krieg und Umweltzerstörung bis zum Jahr 2030 anstreben, müssen nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler und lokaler Ebene umgesetzt werden. Für Wien ist die Unterstützung weltweiter Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) Ausdruck einer humanistischen Wertehaltung. Dabei werden auch Projekte in Europa durchgeführt.

Albanien hat in den letzten zwanzig Jahren beachtliche Entwicklungsfortschritte gemacht. Vor allem in der Armutsminderung, beim Wirtschaftswachstum und bei der EU-Annäherung kann das Land Erfolge verbuchen. Als EU-Beitrittskandidat bedarf es aber noch maßgeblicher Reformschritte, besonders im Bereich der Geschlechtergleichstellung. Hier setzt das Wiener Engagement an: Da z.B. nur 14 % der Auszubildenden im Tourismus und IT-Sektor, die als große Wachstumssektoren gelten, Mädchen sind, konzentriert sich das von Wien unterstützte Projekt „Quality for ALL“ auf einen Frauenanteil von mindestens 50 Prozent.

Das aktuelle Wiener EZA-Leitprojekt fördert die Berufsausbildung in Albanien mit dem Ziel der sofortigen Verwendung am Arbeitsmarkt vor Ort. Einerseits sind mehr als 20 Prozent der jungen Albaner*innen zwischen 15 und 29 Jahren arbeitslos, andererseits besteht eine gesteigerte Nachfrage nach besser ausgebildetem Personal im Tourismus- und IT-Sektor. Die bisherige Ausbildung für eine spätere Berufsausübung ist jedoch primär schulisch ausgerichtet, wenig praxisnah und nicht dezentral verfügbar. Die Lehrpläne sind veraltet und nicht an den Bedürfnissen eines modernen, nachhaltigen Tourismus ausgerichtet.

Seit September 2021 wird nun daran gearbeitet, die Qualität und den Zugang zu Berufsausbildungsangeboten in den Sektoren Tourismus und Gastgewerbe sowie IT zu erhöhen und besonders einen Beitrag zur Steigerung der Erwerbsfähigkeit von Mädchen und Frauen zu leisten. Konkret wurden dabei zunächst 150 Lehrer*innen in einem kompetenzorientierten fachpraktischen Unterricht geschult. Es werden adaptierte Berufsbilder, Qualifikationsbeschreibungen und Curricula für Koch/Köchin und Tourismus/Gastgewerbeassistenten ausgearbeitet und Lehrmaterialien erarbeitet. Im Sinn einer dualen und somit praxisorientierten Ausbildung wird auch intensiv mit Betrieben beim Erwerb von praktischen Fähigkeiten zusammengearbeitet.

Da der Anteil von Mädchen in Berufsausbildung derzeit so gering ist, fokussiert das Projekt auf eine intensive Berufsberatung und ein verbessertes Bewusstsein bei Eltern und Mädchen zur Arbeit in den Wachstumsbranchen. Andere Zugangsbarrieren für Mädchen sind die unzeitgemäß geführten und baulich in einem schlechten Zustand befindlichen Internate. Eine erste Verbesserung der Lernumgebung wird z.B. durch die Erneuerung der Studier- und Aufenthaltsräume sowie der Küchen und Speisesäle erreicht. Schulungen, Vorträge und Informationsveranstaltungen verändern bestehende Genderstereotypen bei der Schul- und Berufswahl.

Das Projekt wurde vom OeAD ausgearbeitet und mit insg. EUR 1,2 Mio. durch die Stadt Wien gefördert.



1. Das Wiener entwicklungspolitische Leitprojekt in Albanien

- Das Wiener EZA-Leitprojekt in Albanien hat zum Ziel, die Qualität und den Zugang zu Berufsausbildungsangeboten in den Sektoren Tourismus & Gastgewerbe sowie IT zu erhöhen und besonders einen Beitrag zur Steigerung der Erwerbsfähigkeit von Mädchen und Frauen zu leisten. Das unter Mitwirkung der MA 27 – Europäische Angelegenheiten vom OeAD ausgearbeitete Projekt startete im September 2021 und wurde mit jährlich EUR 400.000,- (insg. EUR 1,2 Mio.) gefördert. 2023 erfolgte die Ausbezahlung der dritten und letzten Tranche der Fördersumme.
- Bei der Umsetzung der Maßnahmen standen folgende Ziele in Fokus:
 - Das Thema „Duale Ausbildung“ bzw. „Berufsbildung“ in den albanischen Lehrplänen zu verankern.
 - Genderstereotype zu verändern.
 - Mehr Mädchen in die Berufsausbildung zu bringen und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu fördern.
 - Die bauliche Ausstattung von Internaten zu verbessern und so Zugangshürden für Mädchen zu beseitigen.
 - Die technische Ausstattung im Bereich IT an Schulen zu verbessern.
 - Die Kompetenzen des Lehrpersonal zu verbessern (Train-the-Trainer Ansatz)
- Maßnahmenebenen:
 - Arbeitsmarktrelevante und praxisnahe Ausbildungsangebote
 - Qualitätsvolle Kooperation Schule – Wirtschaft
 - Schulische Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung stärken
 - Schulische Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung stärken
 - Inklusion in berufsbildenden Schulen; Gender Stereotype abbauen, Mädchen in atypischen Berufen
- Details im Jahresbericht Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auf www.wien.gv.at/politik/international/aktivitaeten/eza/

2. Länderinformation Albanien

- Albanien hat in den letzten zwanzig Jahren beachtliche Entwicklungsfortschritte gemacht. Vor allem in der Armutsminderung, beim Wirtschaftswachstum und bei der EU-Annäherung kann das Land Erfolge verbuchen. Im Human Development Index rangiert Albanien auf Platz 68 von 189 Ländern.

- Im Juni 2014 sprach der Europäische Rat Albanien den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu. Für die EU-Integration und die weitere soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung bedarf es jedoch noch maßgeblicher Reformschritte. Das gilt vor allem für die Bereiche Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergleichstellung, Korruptionsbekämpfung und Demokratisierung.
- Während der ersten Millenniumsdekade war Albanien die am schnellsten wachsende Wirtschaft in Europa, was sich in BIP-Wachstumsraten von durchschnittlich sechs Prozent niederschlug. In dieser Zeit reduzierte sich die Armutsrate von 25,4 auf 12,5 Prozent p.a.. Infolge der globalen Krise sank das Wachstum auf durchschnittlich 1,7 Prozent p.a.. Die Wachstumsrate 2017 lag bei 3,97 Prozent. Dieser positive Wachstumstrend könnte sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Die Jahresinflation lag 2017 bei rund 1,7 Prozent, wobei späte Indikatoren 2018 einen steigenden Trend des inflationären Drucks erwarten lassen. Besorgniserregend ist die Tendenz bei der Gesamtverschuldung, die bereits 73,2 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes erreicht hat. Die angestrebte Reduktion auf unter 70 Prozent konnte 2017 nicht erreicht werden. Der Internationale Währungsfonds bestätigt Albanien Reformen im Finanzbereich, kritisiert jedoch die immer noch vorhandenen Defizite bei den Rahmenbedingungen und in der Energieversorgung. Ein wesentlicher Faktor der albanischen Wirtschaft ist die Schattenwirtschaft. Schätzungen zufolge beläuft sich der Anteil auf zwei Drittel des BIP. Laut Weltbank wird ungefähr die Hälfte der Haushaltseinkommen nicht deklariert.
- Vor allem die Korruption im Justizwesen hält potentielle Investoren von einem langfristigen Engagement ab. Der anhaltende "Brain drain" sowie die sinkende Inlandsnachfrage könnten sich künftig als Wachstumshemmnis erweisen. Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 13,6 Prozent. Diese Zahl berücksichtigt jedoch nicht jene Menschen, die im landwirtschaftlichen Bereich tätig sind und keiner offiziellen Erwerbsarbeit nachgehen. Der Landwirtschaftssektor beschäftigt ca. 440.000 Menschen, 95 Prozent davon in Familienbetrieben. Jugendliche arbeiten zwar am elterlichen Hof, sind aber weder formal beschäftigt, noch beziehen sie ein zu versteuerndes Einkommen.

3. Internationales humanitäres Engagement der Stadt Wien

- Im Rahmen der **Entwicklungszusammenarbeit (EZA)** werden Wiener NGOs bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten in Afrika, Asien und Osteuropa unterstützt. Die Stadt Wien erachtet seit vielen Jahren die globale Armutsminderung als gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe, für die es Engagement und Ressourcen bereitzustellen gilt. Thematisch konzentriert sich die Wiener EZA auf die Sektoren Bildung, Gesundheit und Geschlechtergleichstellung. Alle Projekte orientieren sich an den siebzehn Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen.

Die von der Stadt Wien geförderten Projekte betreiben Ursachenforschung, hinterfragen

gesellschaftliche Strukturen und arbeiten gegebenenfalls an deren Veränderung. Sie stellen Eigenverantwortung und Kapazitätsentwicklung in den Mittelpunkt, erachten die Verantwortlichkeit aller Akteur*innen und ein Monitoring als essenziell, identifizieren Benachteiligungen und zielen auf deren Beseitigung ab. Seit 2017 wurden 79 von Wien unterstützte EZA-Projekte in 31 Ländern umgesetzt.

- Ziel der **Humanitären Hilfe** ist es, rasch Soforthilfe für Menschen in einer unmittelbaren Notsituation zu leisten. So wurden bereits am Tag des Kriegsausbruchs in der Ukraine, am 24. Februar 2022, aus Wien drei LKWs mit 25 Tonnen persönlicher Schutzausrüstung für OP-Personal entsendet. Für die Stadt Wien ist die internationale Solidarität ein wichtiges Handlungsfeld. Die Wiener Projekte im Bereich Humanitäre Hilfe demonstrieren gelebtes Engagement vor Ort, sind gut sichtbar, sehr effizient und tragen zum guten Ruf Wiens als sozial verantwortungsbewusste Stadt bei.

Geografisch konzentriert sich die Stadt Wien dabei auf Osteuropa. Schwerpunktland war schon in den vergangenen Jahren die Ukraine, weitere Lieferungen von skartierten Gütern (z.B. Spitalsbetten, medizintechnische Geräte, Dienstbekleidung) erfolgten auch z.B. in die Republik Moldau. Bei besonderer Bedarfslage bzw. nach Katastrophen wurden in den vergangenen Jahren punktuell auch Güter in folgende Länder geliefert: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Nordmazedonien, Polen, Slowakei, Rumänien und Südafrika. 138 LKWs transportierten dabei seit 2017 humanitäre Hilfsgüter mit einem Gesamtgewicht von rund 742 Tonnen.

4. Das EUROPÄISCHE PARLAMENT

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission (EK) und dem Rat der Europäischen Union wird das Europäische Parlament (EP) als das „**institutionelle Dreieck der EU**“ bezeichnet. Folgende drei Kompetenzen gelten als wichtigste Aufgaben des EP:

- Erlass von EU-Rechtsvorschriften gemeinsam mit dem Rat der EU (Durch das im Vertrag von Lissabon festgelegte Mitentscheidungsverfahren wurde das EP 2009 Mitgesetzgeber für die meisten Rechtsvorschriften der EU.)
- Haushaltsbefugnisse: Verabschiedung des jährlichen EU-Haushaltsplans gemeinsam mit dem Rat, Zustimmung zum mehrjährigen Finanzrahmen
- Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über die Arbeit der EU-Organe, insbes. der EK.

Wahlen zum Europäischen Parlament

Als **weltweit einzige transnational direkt gewählte** Versammlung wird das EP **alle fünf Jahre** in allgemeiner, geheimer, freier, gleicher und direkter (unmittelbarer) Wahl neu zusammengesetzt. Die Abgeordneten vertreten die Interessen der EU-Bürger*innen auf europäischer Ebene. Das EP setzt sich **derzeit aus 705 Mitgliedern (19 davon aus Österreich)** zusammen, sie sind nach politischer Ausrichtung in insges. sieben Fraktionen (mindestens 23 Abgeordnete pro Fraktion, in jeder Fraktion Abgeordnete

aus wenigstens einem Viertel der Mitgliedstaaten) organisiert. Die Gesamtzahl der Abgeordneten darf 750 (plus Präsident*in) nicht überschreiten.

Die Anzahl der Abgeordneten pro Mitgliedstaat wird durch den Europäischen Rat auf Initiative des EP festgelegt. Es gilt dabei das Prinzip der **degressiven Proportionalität**: größere Länder haben grundsätzlich mehr Abgeordnete als kleinere Länder, diese jedoch mehr Abgeordnete pro Einwohner*in als größere. Pro Land werden zwischen 6 (Malta, Zypern, Luxemburg) und 96 Abgeordnete (D) gewählt.

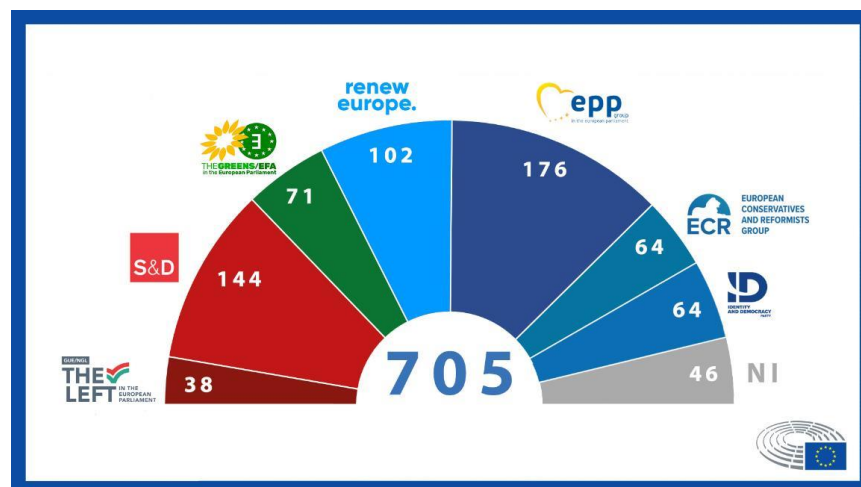
Der Europäische Rat gibt gem. Art.223 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) einheitliche Bestimmungen für die EP-Wahl vor, so wird nach dem **Verhältnismahlrecht** gewählt. Die weitere Ausgestaltung und Durchführung der Wahl obliegt den Mitgliedstaaten. In Österreich gilt bspw. eine Sperrklausel in Höhe von 4 %, in Deutschland gibt es diese nicht. Das aktive Wahlrecht liegt meist bei 18 Jahren, in Ö, B, Malta und heuer erstmals auch in D bei 16 Jahren, in GR bei 17 Jahren.

EP-Wahl 2024

Vom 6. bis 9. Juni 2024 wird in den 27 Mitgliedstaaten der EU zum zehnten Mal das Europäische Parlament gewählt, **in Österreich** am Sonntag, den **9. Juni 2024**. Bei den letzten Wahlen im Mai 2019 wurden ursprünglich 751 Abgeordnete (davon 19 aus Österreich) gewählt, durch den Brexit 2020 reduzierte sich ihre Zahl auf 705. Um die dadurch verursachte Veränderung in der Bevölkerungszahl in den Mitgliedstaaten wieder anzugleichen, werden **heuer 720 Abgeordnete (davon 20 in Österreich)** gewählt.

EP-Wahl 2019

2019 ging die Europäische Volkspartei EVP – trotz starker Verluste – als stärkste Kraft hervor. Die **derzeitige Aufteilung der Sitze** ist aus der Grafik ersichtlich, die Tabelle führt weitere Details an:



Quelle: www.europarl.europa.eu

Derzeit sind die österreichischen Parteien wie folgt im EP vertreten: ÖVP 7 Mandate, SPÖ 5, FPÖ 3, GRÜNE 3, NEOs 1.

In Österreich lag 2019 die **Wahlbeteiligung** bei 59,8 % (Gesamteuropa rund 51 %) und somit deutlich höher als bei den letzten Europawahlen. In Wien lag sie bei 58,7 %, Spitzenreiter war NÖ mit 67,2 %, an letzter Stelle lag Kärnten mit 52,1 %. Dabei ging die erstaunlich hohe Wahlbeteiligung europaweit auf einen Anstieg der Wahlbeteiligung junger Menschen zurück (plus 14 Prozentpunkte in der Altersgruppe unter 25 Jahren (Ö plus 19), plus 12 Prozentpunkte (Ö plus 16) bei den 25- bis 39-Jährigen).

weitere Infos:

- elections.europa.eu/de/
- www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/elections
- vienna.europarl.europa.eu/de
- www.oesterreich.gv.at/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen/wahlen/5/1.html
- www.wien.gv.at/politik/wahlen/eu/

